

BRAUNKOHLENTAG I

Die Braunkohle muss den Strukturwandel aktiv mitgestalten



1 Reiner Haseloff, Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt auf dem Braunkohlentag 2018 in Halle/Saale

Der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Reiner Haseloff, hat die Unternehmen der deutschen Braunkohlenindustrie aufgefordert, sich aktiv am Strukturwandel in den deutschen Kohlenregionen zu beteiligen und sich als Partner des Prozesses zu verstehen. Auf dem diesjährigen Braunkohlentag in Halle/Saale sagte Haseloff, es komme darauf an, „in den nächsten Jahren kluge Steuerungsmechanismen zu entwickeln“, damit der Umstrukturierungsprozess in Deutschland industriepolitisch basiert und klimapolitisch zielgerecht verlaufe. Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt werde alles dafür tun, damit dieser Prozess politisch hinreichend flankiert wird. Haseloff machte deutlich, dass eine Ende der Braunkohlennutzung in Deutschland nicht am Anfang eines komplexen und vieljährigen Strukturwandels stehen kann, sondern allenfalls am Ende.

Der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt erinnerte daran, dass der Chemiestandort Bitterfeld seine Wurzeln in der Braunkohle hat und seine heutige Vitalität vor allem dem wiedervereinigungsbedingten Strukturwandel verdankt. Die energetische und die stoffliche Nutzung der Braunkohle sei

historisch, aktuell und auch zukünftig eng mit dem mitteldeutschen Revier verknüpft. Die Kohle sei keine unerschöpfliche Ressource, sagte Haseloff weiter, vor allem wenn der Abbau wie in Mitteldeutschland bereits seit fast 300 Jahren erfolge. Aber eine strategische Rohstoff- und Energiereserve sollte sich Deutschland erhalten. „Eine noch höhere Abhängigkeit von Energieimporten ist nicht wünschenswert,“ sagte der Landeschef von Sachsen-Anhalt.

Kritik übte Haseloff am zeitlichen Verlauf der Energiewende. 2011 sei ein abrupter Kernenergieausstieg beschlossen worden. Teil dieses Beschlusses sei aber auch der notwendige Netzausbau. Dieser werde jetzt wohl erst 2030 erreicht. Er vermisse gerade in der Diskussion über den Netzausbau die notwendige Ehrlichkeit. Man hänge um Jahre zurück. Dieser Aspekt der Energiewende sei auch in der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung zu diskutieren. Haseloff begrüßte, dass die Kommission von erfahrenen ostdeutschen Politikern geleitet werde. Sowohl Matthias Platzeck wie auch Stanislaw Tillich wissen, was von der Arbeit der Kommission abhängt. „Wir brauchen neue Forschungs- und Handlungsfelder, die industrienah und beschäftigungsintensiv sind,“ sagte Haseloff. Es werde keinen schnellen und abrupten Ausstieg aus der Kohle geben. Das gebe auch der geltende Rechtsrahmen vor. Abweichungen vom aktuellen und geltenden bergrechtlichen Rahmen bergen erhebliche finanzielle Risiken, sowohl für die Investoren wie für die öffentliche Hand. Auch für die Politik bestehe ein hohes Risiko, aus der Kohle auszusteigen, bevor keine wirtschaftlichen und technischen Alternativen zum Bergbau aufgebaut sind.

Haseloff erinnerte daran, dass ein großer Teil der energiebedingten CO₂-Emissionen durch den wirtschaftlich-technischen Wandel im Zuge der Wiedervereinigung in Ostdeutschland eingespart wurden. Klimaschutz lasse sich nicht allein auf Kraftwerke fokussieren. Jetzt müssen auch strukturbestimmende Sektoren wie der Verkehr, der Wärmemarkt oder die Landwirtschaft Beiträge leisten.

An die Braunkohlenindustrie appellierte der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, „frühzeitig die Schmerzgrenze zu benennen, ab der sich die Arbeit in den Tagebauen und in den Kraftwerken nicht mehr lohnt“. Behörden und Kommission seien auf die fundierte Zuarbeit der Braunkohlenindustrie angewiesen.

BRAUNKOHLENTAG II

Perspektiven der deutschen Braunkohle



2 Dr. Helmar Rendez, Vorstandsvorsitzender des DEBRIV auf dem Braunkohlentag 2018 in Halle/Saale

Braunkohlentagebaue und Braunkohlenkraftwerke stellen sicher, dass Strom und Wärme ganzjährig und rund um die Uhr zur Verfügung stehen, unabhängig davon, ob der Wind weht oder die Sonne scheint. Insbesondere die Revierländer zeigen mit ihrem Bekenntnis zur Braunkohle eindrucksvoll, wie zuverlässige Energiepolitik gemacht wird, erklärte der Vorstandsvorsitzende des DEBRIV, Dr. Helmar Rendez, auf dem diesjährigen Braunkohlentag in Halle/Saale. In allen Bergbauregionen fühle sich die Braunkohlenindustrie „landespolitisch gut aufgeboben,“ betonte Rendez.

Positive und transparente Entwicklung in den Revieren

Im Rheinland, so Rendez, stelle sich derzeit die RWE AG mit den Braunkohlentagebauen und Kraftwerken als einer der führenden Stromerzeuger Europas neu auf. Die Braunkohlenindustrie in Nordrhein-Westfalen hat 2016 mit der Leitentscheidung der früheren rot-grünen Landesregierung zu Garzweiler und dem rheinischen Revier ein Stück Planungs- und Investitionssicherheit erhalten. Zwar war dies mit dem Verlust von mehreren Hundert Millionen Tonnen an Fördermenge verbunden, andererseits hat die damalige Landesregierung mit der Leitentscheidung die energiewirtschaftliche Notwendigkeit der Tagebaue für die Zeit nach 2030 bestätigt.

Für alle Tagebaue des Reviers hat die neue Landesregierung diese Festlegungen nochmals bestätigt. Im Oktober 2017 gingen die ersten beiden Kraftwerksblöcke im Rheinland in die vierjährige Sicherheitsbereitschaft. Die Sicherheitsbereitschaft ist ein Element des Klimaschutz-Fahrplans im Rheinland. Dieser Fahrplan soll dazu führen, die CO₂-Emissionen aus der Braunkohle bis etwa 2030 um 40 bis 50 Prozent zu reduzieren.

Im mitteldeutschen Revier hat die MIBRAG 2017 in den Tagebauen Profen und Vereinigtes Schleenhain etwa 19 Millionen Tonnen (Mio. t) Rohbraunkohle gefördert. Hauptabnehmer sind die Kraftwerke Lippendorf und Schkopau sowie Industriekraftwerke. Die Anlagen liefern zuverlässig Energie für öffentliche Netze sowie für die Chemieindustrie und die Bahn. In beiden Tagebauen findet derzeit ein Abbaufeldwechsel statt, was erhebliche Anstrengungen des Unternehmens erforderlich macht. Im Tagebau Vereinigtes Schleenhain investiert die MIBRAG zum Beispiel beim Übergang vom Abbaufeld Schleenhain in das Abbaufeld Peres 150 Millionen Euro. Die MIBRAG ist das erste Unternehmen, das mit Buschhaus ein Braunkohlenkraftwerk in die Sicherheitsbereitschaft überführt hat. Die jeweils betroffenen Blöcke müssen für vier Jahre verfügbar bleiben. Pumpen, Turbosätze, Dichtungen sowie Wasser-, Dampf- und Kühlsysteme sind zu pflegen und einsatzbereit zu halten. Eine Mannschaft wird für den Stillstandsbetrieb und die Instandhaltung vorgehalten. Auch wenn entstehende Kosten und Erlösausfälle kompensiert werden, kann dies den eigentlich vorgesehenen Betrieb der Blöcke wirtschaftlich nicht ausgleichen.

Die ROMONTA gewinnt in der Nähe von Halle in Amsdorf etwa 500.000 t Rohkohle pro Jahr und stellt daraus 14.000 t Rohmontanwachs sowie aus der im Prozess anfallenden Restkohle Strom her. Die ROMONTA ist ein Beispiel für die stoffliche Nutzung der Braunkohle, der sich der Industriezweig künftig stärker und mit vielfältigen Forschungsaktivitäten widmen wird, sagte Rendez.

In der Lausitz hat sich die Übertragung der Braunkohlentagebaue und Kraftwerke an ein Konsortium aus EPH und PPF-Investments vollzogen. Die Lausitz Energie Bergbau AG beziehungsweise Lausitz Energie Kraftwerke AG, LEAG, traf im März 2017 wesentliche Entscheidungen zur weiteren Entwicklung des Lausitzer Reviers. Das Revierkonzept macht die Planungen des Unternehmens transparenter: Der Tagebau Jänschwalde soll bis voraussichtlich 2023 planmäßig zu Ende geführt werden. Das Kraftwerk Jänschwalde soll anschließend noch für einen Zeitraum von etwa zehn Jahren Kohle aus dem Süden des Reviers erhalten. Das Feld Jänschwalde-Nord wird nicht in Anspruch genommen. Es besteht aber weiterhin die energiewirtschaftliche Notwendigkeit zur Kohlegewinnung aus dem Teilabschnitt II des Tagebaus Welzow-Süd. Aus Sicht der Tagebauführung muss hierzu eine Investitionsentscheidung bis spätestens 2020 getroffen werden. Im Tagebau Nochten wird zunächst das



3 Belegschafts- und Gewerkschaftsvertreter auf dem Braunkohlentag 2018 in Halle/Saale

Abbaugelände 1 zu Ende geführt. Aus dem Abbaugelände 2 möchte die LEAG anschließend rund 150 Mio. t Braunkohle gewinnen, um langfristig eine bedarfsgerechte Versorgung des Kraftwerks Boxberg sicherzustellen. Der Tagebau Reichwalde wird entsprechend der genehmigten Planungen weitergeführt. Mit dem Lausitzer Revierkonzept gibt die LEAG der Region Planungssicherheit. Die Kohlevorräte von 1,2 Mrd. t haben eine perspektivische Reichweite von rund drei Jahrzehnten. Die Umsetzung trägt langfristig zum Erhalt der Wertschöpfung aus der Braunkohle für die Lausitzer Wirtschaft bei. Sie steht zudem im Einklang mit den international verbindlichen CO₂-Minderungszielen Deutschlands.

Der Projektträger der Bergbausanierung in Ostdeutschland, die LMBV, hat 2017 in vielen Einzelprojekten die Braunkohlensanierung erfolgreich weitergeführt. Aktuelle und mittelfristige Herausforderungen der Sanierung liegen in der Fortführung der geotechnischen Sicherung von Böschungen und Kippenbereichen der ehemaligen Tagebaue. Aber auch in der Flutung und Gewässergüteentwicklung in den Bergbaufolgebereichen sowie in der Durchführung von Maßnahmen gegen die bergbaulich bedingte Beeinflussung der Fließgewässer wie der Spree, der Schwarzen und der Weißen Elster und ihrer Zuflüsse steckt noch sehr viel Arbeit. Langfristig bedeutend ist, dass ein neues Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern geschlossen wurde. Die Finanzierung der LMBV-Projekte ist damit in allen Programmteilen zunächst bis 2022 gesichert.

Neuorientierung der Energie- und Klimapolitik

Die neue Bundesregierung betont im energiepolitischen Teil ihrer Koalitionsvereinbarung wieder stärker als in der Vergangenheit das energiepolitische Zieldreieck aus Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz. Auch wird klar gesagt, dass Strukturbrüche vermieden werden sollen. Andererseits hat die Koalition ein sehr anspruchsvolles nationales Treibhausgas-Minderungsziel für 2030 vereinbart: Gefordert wird eine Reduktion der CO₂-Emissionen um 55 Prozent gegenüber 1990. Hauptinstrument zur Zielerreichung ist ein nochmals beschleunigter Ausbau der erneuerbaren Energien



4 Der DEBRIV-Vorstandsvorsitzende, Dr. Helmar Rendez, im Dialog mit Belegschafts- und Gewerkschaftsvertretern

auf einen Anteil von 65 Prozent am Bruttostromverbrauch bis 2030. Voraussetzung dafür ist laut Koalitionsvertrag, dass der Netzausbau Schritt hält und genügend Speicherkapazitäten für eine mehrwöchige Dunkelflaute verfügbar sind. „Nach den bisherigen Erfahrungen sind Zweifel angebracht, ob dies gelingt,“ sagte Rendez. Die diskutierten Abstriche bei dem europäischen n-1-Standard einer gesicherten Stromversorgung zeigen, dass das Zieldreieck der Energieversorgung wiederum zu Lasten der Versorgungssicherheit gebeugt werden könnte.

Keine Kommission für den Kohlenausstieg

Der Koalitionsvertrag der Regierungsparteien sieht mehrere Kommissionen vor, die prüfen sollen, wie Deutschland die Klimaschutzziele einhalten kann. Es geht um die Sektoren Energie, Gebäude und Verkehr. Die Kommission zum Sektor Energie mit dem Namen „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ ist daher keine „Kohlenausstiegskommission“, auch wenn sie sich mit der schrittweisen Reduzierung und Beendigung der Kohlenverstromung befassen soll. Die Politik erkennt an, dass vor einer Entscheidung über eine schrittweise Reduzierung und erst recht über eine Beendigung der Kohlenverstromung eine Vielzahl von Fragen genau zu prüfen und zu bedenken sind. Dass sich diese Erkenntnis durchgesetzt hat, ist zu großen Teilen den Braunkohlenländern zu verdanken, erklärte Rendez auf dem Braunkohlentag. Wenn die Kommission Entscheidungsvorschläge zur Zukunft der Kohle oder zum zukünftigen Energiemix entwickeln will, muss sie dies auf Grundlage einer soliden Datenbasis machen und sich auf Grundlinien der Energiepolitik verständigen. Dazu zählt aus Sicht der Braunkohlenindustrie, dass Wohlstand, Wachstum und innerer sozialer Frieden eine sichere und bezahlbare Energieversorgung zur Voraussetzung haben. Hier sprechen die Daten zur Stromversorgung eine deutliche Sprache: 2023 wird der Jahreshöchstlast von etwa 82 Gigawatt (GW) eine gesicherte Leistung aus konventionel-

len Kraftwerken von nur noch rund 75 GW gegenüberstehen. Die erneuerbaren Energien beeindrucken mit einem deutlichen Anstieg ihrer Erzeugungskapazität; ihre gesicherte Leistung ist dagegen weiter verschwindend gering. Sie beträgt lediglich ein Prozent der installierten Leistung bei der Windenergie und null Prozent bei der Photovoltaik. Das bedeutet: Die konventionellen Energien dürfen bei Höchstlast den Bedarf nicht mehr decken, und die Erneuerbaren können es nicht. Notwendig sind also beide Systeme. Wenn zusätzlich zu dem gesetzlich verordneten Atomausstieg bis 2023 auch die Braunkohlenkapazitäten aus dem Markt genommen werden, drohen Versorgungsengpässe. Schon heute ist es immer stärker die Braunkohle, die in schwierigen Versorgungssituationen zuverlässig Energie liefert. Die Hoffnung, Versorgungssicherheit durch Stromimporte einzukaufen, ist mehr als trügerisch. Auch in den Nachbarländern geht die gesicherte Leistung zurück. Und Zeiten, in denen sehr viel Strom nachgefragt wird, sind in Deutschland, Frankreich, Polen und in den anderen Nachbarländern in aller Regel deckungsgleich. Denn dort ist zur selben Zeit Winter und zur selben Zeit Nacht.

Die Kommission wird Antworten auf die Frage finden müssen, wie sich ein von den internationalen Verpflichtungen absetzendes nationales Klimaziel auf Industrie, Verkehr und Gebäude in Deutschland auswirkt. Sie wird zudem prüfen müssen, was ein um zehn Jahre vorgezogener beschleunigter Ausbau der Erneuerbaren für die heimische Industrie und Wertschöpfung bedeutet. Zu bedenken ist auch, dass Braunkohlenkraftwerke eng mit der Kohलगewinnung und der Rekultivierung eines bestimmten Tagebaus verbunden sind. Wird ein Braunkohlenkraftwerk stillgelegt, „folgt in aller Regel ein Domino-Effekt Richtung Tagebaue und in Richtung des ganzen Reviers“, erklärte der DEBRIV-Vorstandsvorsitzende. Eine Verminderung des Kohleneinsatzes in den Kraftwerken würde die Endstände der Tagebaue verschieben und Änderungen an den Braunkohlenplänen und Betriebsplänen erforderlich machen. „Dies wäre ein schwerer Eingriff in die Planungen der Gemeinden, der Regionen und nicht zuletzt auch in die der Unternehmen und ihrer Beschäftigten“, sagte Rendez, „die Braunkohlenregionen können zudem besser nachhaltige Perspektiven entwickeln, wenn ein aktiver Bergbau vorhanden ist und als industrielle Andockstelle für Aktivitäten und Entwicklungen zur Verfügung steht.“

Klimaschutz richtig bewerten

Umweltverbände fordern, dass die eingesetzte Kommission den Klimaschutz vor die Versorgungssicherheit und die Wettbewerbsfähigkeit stellt. Das Klima-Abkommen von Paris verlange dies, heißt es. Nach Auffassung der Braunkohlenindustrie sind alle drei Aspekte gleichrangig. In die klimapolitische Bewertung muss eingehen, dass deutsche Braunkohlenkraftwerke nur für etwa 0,4 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich sind. Bei der geführten nationalen Ausstiegsgespräch geht es letztlich um 0,1 bis 0,2 Prozent der Emissionen, weil andere Kraftwerke die Braunkohle ersetzen müssten. Im Klimaschutzabkommen von Paris hat sich Deutschland - konform zu den EU-Zielen - zu einer CO₂-Reduktion von 40 Prozent bis 2030 verpflichtet und weder zu höheren

Werten noch zu einzelnen Sektorzielen. Rendez warnte davor, den bereits erbrachten Klimaschutzbeitrag der Energiewirtschaft und speziell der Braunkohlenkraftwerke zu unterschlagen. Auf den Energiesektor und insbesondere auf die Braunkohle entfallen große Teile der bisherigen nationalen Reduktionserfolge. Dies ist ein Ergebnis des in den ostdeutschen Revieren vollzogenen Strukturwandels nach der Wiedervereinigung, aber auch das Ergebnis vieler Kraftwerksneubauten und umfangreicher Retrofitmaßnahmen an Bestandsanlagen in allen Braunkohlenrevieren.

Regulatorisch wird der EU-Emissionshandel dafür sorgen, dass die Kraftwerke den europäischen CO₂-Reduktionspfad einhalten und zusätzliche nationale Maßnahmen überflüssig sind. „Ein politisch festgelegtes Enddatum für die Kohlenutzung in deutschen Kraftwerken ist weder klimapolitisch erforderlich noch wirtschaftlich verantwortbar“, fasste Rendez zusammen, „die Tagebaue und Kraftwerke müssen, wie von Bundesländern und Unternehmen geplant, zu Ende geführt werden können.“ Braunkohle im Energiemix erlaubt, Optionen offen zu halten und Versorgungsrisiken zu vermeiden.

Braunkohle ist zu 100 Prozent kompatibel mit den Klimaziel-Verpflichtungen, die Deutschland international eingegangen ist. Braunkohle sorgt für inländische Wertschöpfung und sichert damit direkt und indirekt Wohlstand, Arbeit und den sozialen Frieden. Die vollständige Ansprache des DEBRIV-Vorstandsvorsitzenden steht als Textdokument unter www.braunkohle.de/203-o-Braunkohlentag-2018-Halle.html zur Verfügung.

5

Der neue und der scheidende DEBRIV-Vorstandsvorsitzende: Dr. Helmar Rendez (links) und Matthias Hartung (rechts)



MITTELDEUTSCHLAND

Wiedernutzbarmachung im Zuge des aktiven Bergbaus



6 Dipl.-Ing. Bastian Zimmer, MIBRAG

Bergbaulich in Anspruch genommene Flächen werden im aktiven deutschen Braunkohlenbergbau tagtäglich der Wiedernutzbarmachung zugeführt, erläuterte der Direktor Planung bei der MIBRAG, Bastian Zimmer, auf dem diesjährigen Braunkohlentag in Halle/Saale. Nutzung und Wiedernutzbarmachung sind ein Prozess der Bewegung und gehören zum aktiven Bergbau, sagte Zimmer. Zur ökologischen Bilanz der MIBRAG gehöre, dass seit 1994 rund 75 Prozent der in Anspruch genommenen Fläche bereits wieder nutzbar gemacht wurden. Es handelt sich dabei um 1.700 Hektar vorwiegend forst- und landwirtschaftlich genutzte Fläche. Ein großer Teil befindet sich bereits in der Nachnutzung.

Die räumlichen und zeitlichen Dimensionen von Braunkohlentagebauen, die sich oft über mehrere Jahrzehnte durch das Revier bewegen, haben das Landschaftsbild des mitteldeutschen Reviers maßgeblich geprägt. Zum einen wird durch den bergmännischen Gewinnungsprozess stetig Fläche in Anspruch genommen, zum anderen wird fortlaufend neuer Lebens- und Kulturraum geschaffen. Die Wiedernutzbar-

machung ist ein untrennbarer und wichtiger Bestandteil des bergbaulichen Prozesses, an dem ein großes Team von Fachleuten unterschiedlichster Spezialisierungen eng zusammenarbeitet. Nur im Zusammenspiel und mit der Erfahrung dieser Experten können Konzepte und Planungen entstehen, die bergbauliche Vorhaben von der Erschließung und der Inanspruchnahme von Flächen bis zur Wiedernutzbarmachung durchdacht und schlüssig beschreiben.

Verantwortung tragen dabei im mitteldeutschen Revier auch die Länder Sachsen und Sachsen-Anhalt. Durch Strategiepapiere werden zunächst Leitplanken gesetzt, auf deren Basis die Landes- und Regionalplanung wichtige Vorgaben für die ordnungsgemäße Aufsuchung von Rohstoffen und Randbedingungen für das bergbauliche Vorhaben bis zur Herstellung der Bergbaufolgelandschaft definieren. In diesem abgesteckten Rahmen kann das Bergbauunternehmen schließlich Betriebspläne bei den zuständigen Bergbehörden einreichen. Die zunächst grobe Definition des Vorhabens wird in mehreren Schritten präzisiert bis mit der Zulassung der Hauptbetriebspläne die Betriebsführung der Tagebaue erfolgen kann. Belange des Natur- und Artenschutzes, des Gewässerschutzes, des Bodenschutzes und des Immissionsschutzes haben einen sehr hohen Stellenwert und müssen in den Zulassungs- und Genehmigungsverfahren stets beachtet werden.

„Es ist ein langer, akribischer Weg, den die MIBRAG gemeinsam mit den zuständigen Behörden und den Menschen im Revier bisher beschritten hat, um ein Einvernehmen zur Wiedernutzbarmachung zu erreichen,“ erläuterte der MIBRAG-Planungs-Chef. Die Landesregierungen und das Unternehmen haben auch vor diesem Hintergrund ein gemeinsames Interesse daran, dass die Braunkohlenvorhaben planmäßig weitergeführt werden. „Wir dürfen es nicht zulassen, dass der einmal erreichte Konsens in unserem Revier durch politisch einseitig motivierte Entscheidungen auf unverantwortliche Weise vom Tisch gewischt wird,“ kritisierte Zimmer die Ausstiegspläne aus Sicht der Wiedernutzbarmachung.

LMBV

Wassermanagement im Sanierungsbergbau

Herausforderungen beim Wassermanagement im Sanierungsbergbau liegen sowohl im Bereich der Wassermenge als auch bei der Wasserbeschaffenheit. Bezüglich der Wassermenge gibt es eine große Diskrepanz zwischen dem hohen Bedarf und dem geringen Dargebot aus den Fließgewässern der niederschlagsarmen Lausitz. Trotzdem ist es der Flutungszentrale Lausitz gelungen, die meisten Seen zu füllen und dabei einen Großteil des Grundwasserdefizites wieder auszugleichen, berichtete Dipl.-Ing. Eckhard Scholz, Bereichsleiter Technik der LMBV, auf dem diesjährigen Braunkohlentag in Halle/Saale.

Zu den bergbautypischen Problemen bei der Wasserbeschaffenheit in der Lausitz zählen Eisensulfide, die auf die Belüftung des Erdreiches während der Massenbewegungen und während der Grundwasserabsenkung zurückzuführen sind. Das bergbaulich beeinflusste Wasser besitzt niedrige pH-Werte sowie hohe Eisen- und Sulfatkonzentrationen. Die bergbaulich beeinflussten Fließgewässer befinden sich meist außerhalb der Abschlussbetriebsplangrenzen. Sind die Beschaffenheitsveränderungen jedoch ursächlich betriebsbedingt, liegt auch hier eine Verpflichtung für die LMBV vor, erläuterte Scholz.



7

Dipl.-Ing. Eckhard Scholz, LMBV

Die niedrigen pH-Werte kommen vor allem in den Bergbaufolgeseeen vor und werden von der LMBV mittels einer In-Lake-Neutralisation behandelt. Für die erweiterte Restloch-

kette wurde eigens ein Gewässerbehandlungsschiff geplant und gebaut. Es soll wesentliche Teile der Initialneutralisation und einen Teil der Nachsorge übernehmen.

Hohe Eisenkonzentrationen treten vor allem in der Spree und in der Pleiße auf. Für die Spree wurden Barrierekonzepte erstellt, die den Schutz des Gewässers und des Biosphärenreservats Spreewald gewährleisten sollen. Diese Konzepte befinden sich derzeit in der Umsetzung. Im nördlichen Bereich sind die positiven Wirkungen bereits deutlich zu erkennen. Hohe Sulfatkonzentrationen gibt es in nahezu allen bergbaulich beeinflussten Fließgewässern der Lausitz. Problematisch sind sie vor allem in der Spree, da dort Uferfiltrat für die öffentliche Wasserversorgung gewonnen wird. Da es in den notwendigen Dimensionen kein wirtschaftlich vertretbares Verfahren zum Sulfatrückhalt gibt, besteht die einzige Option in der Mischung mit sulfatarmen Wässern. Hierfür wird Wasser aus sächsischen Talsperren sowie den Wasserspeichern in Bergbaufolgeseeen verwendet. „Insgesamt,“ so Scholz, „gibt es bei den wasserwirtschaftlichen Herausforderungen des Sanierungsbergbaus eine Schwerpunktverschiebung von der Mengen- zur Gütesteuerung.“ Die Eisen- und Sulfateinträge in die Fließgewässer machen Maßnahmen auch außerhalb der Tagebaugrenzen notwendig. Die Beschaffensproblematik ist nicht kurzfristig zu lösen, sondern benötigt mittel- und langfristige Sanierungsmaßnahmen an den bergbaulich beeinflussten Gewässern.

RHEINLAND

Zukunftsgestaltung bis zur Auskohlung

Die Erarbeitung der komplexen und öffentlichen Planungen eines Tagebaus vom Anfang bis zum Ende erstreckt sich über viele Jahre und umfasst meist mehrere Jahrzehnte Tagebaubetrieb. „Deshalb muss unser Handeln in der Gegenwart auch immer im Einklang mit dem zu erreichenden Ergebnis in der Zukunft stehen,“ erklärte Dr.-Ing. Harald Marx von der RWE Power AG auf dem diesjährigen Braunkohlentag in Halle/Saale.

Das Unternehmen orientiert sich bei seinen Planungen am „Braunkohlenfahrplan“, der für etwa 2030 eine CO₂-Minderung in der Braunkohlenstromerzeugung von 40 bis 50 Prozent und zur Mitte des Jahrhunderts ein Ende der Kohlenverstromung mit der Auskohlung der genehmigten Lagerstätten Hambach und Garzweiler vorsieht. Diese Planung stehe im Einklang mit dem erwarteten Betrieb der Kraftwerke und der Veredlungsbetriebe im Rheinland. Auch wenn die Stromerzeugung aus Braunkohle durch geänderte energie- und umweltpolitische Rahmenbedingungen zurückgeht, werde der Energieträger die zukünftige regionale Strukturentwicklung weiterhin maßgeblich prägen, sagte Marx. Der Braunkohlenfahrplan der RWE Power AG sei daher gleichzeitig auch Arbeitsplan für die zukünftige Strukturentwicklung im rheinischen Braunkohlenrevier.

Um die Zukunftsgestaltung zu fördern, ist eine Unterstützung der notwendigen Strukturentwicklung durch das Bergbaunehmen und den Kraftwerksbetreiber sinnvoll und notwendig. In diesem Sinne habe RWE Power, so Marx, mit der Innovationsregion Rheinisches Revier Anfang 2018 das

„Zukunftsforum Paffendorf“ initiiert. Das Zukunftsforum will regionale Planungen unterstützen und neuen Ideen Raum geben. Themen wie Forschung und Entwicklung, Wiedernutzbarmachung oder Flächenentwicklung spielen hier eine besondere Rolle, damit das rheinische Revier weiterhin eine starke Wirtschaftskraft hat, eine hohe Lebensqualität bietet und einen nachhaltigen Strukturwandel lokal und regional selbst gestalten kann.



8

Dr.-Ing. Harald Marx, RWE Power AG

DEBRIV

Helmar Rendez zum Vorstandsvorsitzenden des DEBRIV gewählt

Dr. Helmar Rendez ist neuer Vorstandsvorsitzender des Deutschen Braunkohlen-Industrie-Vereins (DEBRIV). Der LEAG-Vorstandsvorsitzende wurde von der Mitgliederversammlung anlässlich des diesjährigen Braunkohlentages in Halle/Saale in sein neues Amt gewählt. Neuer stellvertretender Vorsitzender wurde Dr. Lars Kulik. Der DEBRIV verabschiedete auch den bisherigen Vorsitzenden des Vorstands, Matthias Hartung, und dankte ihm für die langjährige erfolgreiche Tätigkeit für die Branche. Hartung gehörte seit 2004 dem Vorstand des Verbandes an und war von 2006 bis 2010 sowie von 2014 bis 2018 dessen Vorsitzender.

Helmar Rendez (geboren 1962) hat an der TU Berlin Wirtschaftsingenieurwesen studiert und wurde 1992 zum Dr.-Ing. promoviert. Er leitete die Berliner Niederlassung der Unter-

nehmensberatung Kienbaum und wechselte 1998 in die Energiewirtschaft. Bevor Rendez Vorstandsvorsitzender der Lausitz Energie Bergbau AG und Lausitz Energie Kraftwerke AG (LEAG) wurde, war er Leiter der Business Unit Distribution sowie davor auch im Konzernvorstand für die Strategie der Vattenfall AB verantwortlich.

Lars Kulik wurde 1964 in Duisburg geboren und hat Bergbau an der RWTH Aachen studiert. Dort wurde er nach wissenschaftlicher Tätigkeit 1992 zum Dr.-Ing. promoviert. Im selben Jahr erfolgte die Anstellung bei der Rheinbraun AG (heute RWE Power). Seit August 2016 ist Kulik Vorstandsmitglied der RWE Power AG für das Ressort Braunkohle.

PODIUMSDISKUSSION

Beitrag der Braunkohle findet breite Anerkennung



9 Dr. Helmar Rendez

Es „eint uns eine hohe Verantwortung für die sichere und bezahlbare Stromversorgung in Deutschland,“ sagte der Vorsitzende des DEBRIV-Vorstands, Dr. Helmar Rendez, auf der den diesjährigen Braunkohlentag abschließenden Podiumsdiskussion. Jedes Jahr gebe es Zeiträume von Stunden oder Tagen, da müssen Braunkohlenkraftwerke ihre gesamte Leistung einsetzen, um die Stromversorgung in Deutschland zu sichern. Diese Fakten müssen in der aktuellen Energie- und Klimadiskussion wahrgenommen werden, forderte Rendez. Die Braunkohlenunternehmen kämpfen aber auch

für Zehntausende von Menschen, die von der Braunkohle leben. „Ich fühle mich verantwortlich für die Menschen in den Regionen und ich begrüße, dass das energiepolitische Zieldreieck wieder mehr Ausgewogenheit erhält,“ sagte Rendez.

Wirtschaftsstaatssekretär Thomas Wunsch sicherte zu, dass sich die Landesregierung von Sachsen-Anhalt „sehr aktiv“ in die Kommission Strukturwandel, Wachstum und Beschäftigung einbringen wird. „Wir erwarten Lösungen für die Zukunft der Braunkohle,“ sagte Wunsch. Sachsen-Anhalt habe nicht nur eine Tradition bei der energetischen Nutzung der Braunkohle, sondern auch bei der stofflichen. Die Entsendung eines fachlich renommierten Vertreters aus Sachsen-Anhalt (Prof. Dr. Ralf Wehrspohn, Leiter des Fraunhofer-Instituts für Mikrostruktur von Werkstoffen und Systemen) in die Kommission werde dafür sorgen, dass über Zukunftsperspektiven für die Braunkohle vielfältig diskutiert werde. Der Strukturwandel in den Revieren könne auf vielen Feldern für Wachstum und Beschäftigung sorgen, ergänzte Rendez.

Der stellvertretende BDI-Hauptgeschäftsführer Holger Löscher verwies auf die Ergebnisse der kürzlich vorgelegten Studie „Klimapfade für Deutschland“. Es sei nicht damit getan, beste Ziele für den Klimaschutz zu formulieren, es müsse auch der beste Weg zu den Zielen benannt werden. Es gehe jetzt darum, ob Deutschland die Kraft findet, in eine realistische Politik einzusteigen.

Der Vorsitzende der Geschäftsführung des Übertragungsnetzbetreibers 50Hertz, Boris Schucht, erläuterte die Auswirkungen und Implikationen des neuen Ausbauziels für die erneuerbaren Energien. Wenn der Anteil der Erneuerbaren am Bruttostromverbrauch bis 2030 auf einen Anteil von 65 Prozent steigen soll, habe dies eine Fülle von Konsequenzen. Zum einen sei eine Verdoppelung des Zubaus von PV- und Windenergieanlagen notwendig. Dann müssen etwa 7 Gigawatt (GW) Photovoltaik und 20 bis 25 GW Windenergie in das System integriert werden. Ein Lösungsbeitrag sei ein



10 Teilnehmer der Podiumsdiskussion auf dem Braunkohlentag 2018 (von links): Dr. Helmar Rendez (DEBRIV-Vorstandsvorsitzender), Boris Schucht (Vorsitzender der Geschäftsführung 50Hertz), Wieland Kramer (Moderation), Thomas Wunsch (Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-Anhalt) sowie Holger Lösch (Stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie - BDI)

hoher Zubau von Anlagen in Süddeutschland oder der umstrittene Abbau des Sicherheitsniveaus beim überregionalen Stromtransport. Für die verbleibenden Kohlenkraftwerke würde die wirtschaftliche Lage noch schwieriger und auch die Redispatchkosten würden massiv steigen.

Die technischen und wirtschaftlichen Herausforderungen beim Ausbau der erneuerbaren Energien dürfen nicht den Blick auf die sich zuspitzende Frage nach hinreichend gesicherten Stromerzeugungskapazitäten verstellen, erklärten die Teilnehmer der Podiumsdiskussion. „Deutschland ist heute die große Batterie im Zentrum von Europa,“ sagte Schucht. Doch bereits zwischen 2022 und 2025 seien neue gesicherte Kapazitäten in Europa nötig. „Es kommt ein Zeitpunkt, da werden wir nur noch Anlagen stilllegen können, wenn neue Kapazitäten zugebaut werden,“ prognostizierte Schucht. Helmar Rendez wies darauf hin, dass Deutschland und Europa sehenden Auges in eine Versorgungslücke gehen, obwohl bestehende Kohlen- und vor allem moderne Braunkohlenkraftwerke „für den Zeitraum einer Generation“ die Flexibilität bieten, die jetzt und künftig benötigt wird.

„Wir bauen derzeit die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt um, das muss faktenbasiert geschehen,“ forderte Rendez. Die Sicherheit und Bezahlbarkeit der Energieversorgung seien bedroht. Das Energiekonzept von 2011 ist nicht mehr zeitgemäß. „Wir brauchen eine ehrliche Bestandsaufnahme und klare politische Entscheidungen,“ sagte Rendez. „Wir wollen unsere Kraftwerke weiter betreiben und haben dazu Revierkonzepte vorgelegt, die vollständig kompatibel mit den europäischen Klimazielen sind, die auf der Klimakonferenz von Paris für 2030 vereinbart wurden.“ Für den stellvertretenden BDI-Hauptgeschäftsführer steht fest, dass sich die internationale Klimapolitik auf der nächsten Klimakonferenz in Kattowitz keinen deutschen Kohlenausstieg wünscht. Es bestehe vielmehr die Möglichkeit, bis 2050 „vernünftige

Wege“ zu gehen. Helmar Rendez verwies darauf, dass Europa mit dem Emissionshandelssystem das „wirksamste Klimaschutzinstrument der Welt“ besitze, das die Erreichung der gesetzten Ziele gewährleiste und jetzt ausgebaut und weiter verbessert werden müsse.

AKTUELL

DEBRIV kritisiert neuen Szenariorahmen

In einem Schreiben an Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier kritisiert der Vorstandsvorsitzende des DEBRIV, Helmar Rendez, den neuen Szenariorahmen 2019-2030 für den Netzentwicklungsplan Strom. In einem Zusatzszenario nehmen die Übertragungsnetzbetreiber jetzt an, dass 2025 die Stromerzeugungskapazitäten der Braunkohlenkraftwerke bei nur noch 9,4 Gigawatt (GW) liegen. Diese Festlegung sei realitätsfern, schreibt Rendez. Nach Ansicht der Braunkohlenindustrie sei ein solcher Rückgang auf Grund der Marktentwicklung nicht erkennbar. Im aktuellen Szenariorahmen wurde die maximale Betriebsdauer der Braunkohlenanlagen von bisher schon unrealistischen 40 bis 50 Jahre auf 35 bis 45 Jahre herabgesetzt. Bei diesen Annahmen, so der DEBRIV, wären viele Kohlenkraftwerke bereits heute nicht mehr in Betrieb und eine stabile Stromversorgung in Deutschland nicht mehr gewährleistet. Unter den im neuen Szenariorahmen formulierten Voraussetzungen verlören die Unternehmen der Braunkohlenindustrie bis 2025 mehr als die Hälfte ihrer Kraftwerkskapazität mit den bekannten Domino-Effekten für Tagebaue und Reviere. Ein solcher Strukturbruch widerspricht den Zielen der Regierungskoalition und den Aufgabenstellungen der Kommission zum Strukturwandel in den Kohlenregionen. Rendez forderte, Irritationen über die Zukunft der Braunkohle zu unterbinden.